

Standpunkt BAUSBACK

*Kritikpunkte und Meinungen
aus der Landespolitik*

Ausgabe 5 – August 2021

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

die Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Selten war die politische Lage im Blick auf die mögliche Zusammensetzung einer künftigen Bundesregierung so offen. Auch gab es wohl kaum einen Zeitpunkt der Geschichte der BRD, in dem die Herausforderungen größer waren als jetzt.

Mit Andrea Lindholz haben wir eine herausragende Kandidatin. Wir kämpfen für ein gutes Ergebnis für sie. Und wir kämpfen für eine starke Union in Berlin. Warum beides wichtig ist, dazu mein Artikel auf Seite 2. Anna Hajek, unsere Aschaffenburg-Listenkandidatin für den Bundestag aus dem Kreisverband Stadt stelle ich Ihnen in einem kurzen Portrait ebenfalls auf Seite 3 vor.

Vertrauen ist die Grundlage unserer politischen Erfolge. Im Nachgang zur Maskenaffäre und des schweren Fehlverhaltens einzelner Mandatsträger hat mir der Parteivorstand den Vorsitz der neuen Compliance-Kommission übertragen. In der Landtagsfraktion hatte ich die Aufgabe, einen Entwurf für verschärfte Regeln im Abgeordnetengesetz Bayerns zu erarbeiten. Dieser Prozess

hat mich in den vergangenen 5 Monaten mit zahlreichen Sitzungen, Treffen und Gesprächen, stark eingebunden. Ich bin überzeugt, dass wir im Sinne der Menschen und zur Stärkung verlorengegangenen Vertrauens ein gutes Ergebnis erzielt haben. Zu den Grundlagen eines neuen Abgeordnetengesetzes informiere ich Sie ab Seite 3, zur Arbeit der CSU-Compliance Kommission auf Seite 6.

Die Unwetter- und Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und auch in Bereichen Bayerns haben viele Opfer gekostet und deutlich gemacht, wie verletzlich wir letztlich sind. In einer Online-Diskussion zum Thema Katastrophenschutz haben wir uns mit Vertretern vieler Blaulichtorganisationen unserer Region ausgetauscht (Bericht auf Seite 5). Über die vielen aktuellen Themen haben wir uns auch die Zeit für ein besonderes Gedenken genommen: Am 5. August vor 60 Jahren verstarb der gebürtige Schweinheimer, und spätere Bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel. Mit einer Schale am Familiengrab erinnerten der Kreisverband und Ortsverband an ihn als Türöffner für ein modernes Bayern (Bericht auf Seite 6).

Lassen Sie uns mit Optimismus in die weiteren Monate des Jahres gehen. Schwierigkeiten begegnet man am Besten – wie es Karl Valentin formuliert – indem man die Dinge nicht so tragisch nimmt, wie sie sind. Ihnen allen wünsche ich noch schöne Wochen im August und September. Bleiben Sie mir gewogen!

Ihr
Hanns Seidel

Das Titelbild entstand 2019 an der CNN-Zentrale in Atlanta, USA.

In dieser Ausgabe

Beide Stimmen für die CSU! 2

Listenkandidatin Anna Hajek 3

Vertrauen der Menschen ist
Basis unserer Politik 3

Katastrophenschutz in
Aschaffenburg 5

Für unsere Werte und das
Vertrauen der Menschen 6

Hanns Seidel - Türöffner für
das moderne Bayern 6

Beide Stimmen für die CSU!

Warum wir für ein starkes Ergebnis von Andrea Lindholz - und für eine starke CSU - in Berlin kämpfen...

Am 26. September findet die Bundestagswahl statt. Andrea Lindholz hat in den fast 8 Jahren als unsere Bundestagsabgeordnete viel für unsere Region erreicht!



Im Mai 2019 waren wir zum Baubeginn des Pilotprojekts „Lärmschutzwand mit Photovoltaikelementen“ auf der A3 in Höhe Strietwald eingeladen. In jedem Fall auch ein interessanter Spaziergang auf einer der meistbefahrenen Autobahnen Deutschlands.

Egal ob es um einen verbesserten Lärmschutz an der A3, um die notwendigen Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur, ob es um die Strukturen des Katastrophenschutzes in der Region, um Mehrgenerationenhäuser oder ganz kleine Anliegen ging... Andrea hat sich - das habe ich immer wieder erlebt - mit großem persönlichen Einsatz all dieser Aufgaben angenommen. Am 26. September geht es aber auch darum, die CSU

als politische Kraft in Berlin stark zu machen.

Und es wirkt sich ganz konkret auf unsere Region aus, ob und wie stark sie in Berlin am Regierungstisch vertreten ist. Ohne die CSU gäbe es kein Erbschaftsteuerrecht, das es mittelständischen Unternehmen ermöglicht, Substanz und Arbeitsplätze auch über einen Generationswechsel hinaus zu erhalten. Wir treten dafür ein, die Herausforderungen unserer Zeit vor allem durch Innovation und Initiative, und nicht durch Verbote und Dirigismus zu lösen. Gerade nach einer Pandemie, die Staat, Gesellschaft und Einzelne massiv betroffen hat und noch immer betrifft, ist es wichtig, dass durch wirtschaftliche Entwicklung die entstandenen Belastungen aufgefangen werden. Die Veränderung des Weltklimas stellt eine riesige Aufgabe dar. Diese ist aber – auch im Blick auf den globalen Charakter – nur durch Innovation zu lösen. Wir wollen Mobilität und unser modernes Leben in die Zukunft führen.

Mit der Hightech-Agenda wurden hier in Bayern strategische Entwicklungen angestoßen. Dies muss sich auch auf Bundesebene in den nächsten 4 Jahren vollziehen. Wir wollen Sicherheit, Ordnung und die soziale Gemeinschaft in einer auseinander-



Gemeinsames Bild mit dem damaligen Bundesinnenminister de Maizière im Januar 2018 bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene. Neben Innenminister Herrmann, waren Andrea und ich für die CSU bei den Verhandlungen für den Bereich „Innen, Recht und Verbraucherschutz“ zuständig.

driftenden Gesellschaft stärken. Dies ist nur möglich, wenn wir hinter denen stehen, die Tag für Tag, Woche für Woche unsere Sicherheit schützen, als Polizisten, Soldaten, Feuerwehrleute, Sanitäter, Justizvollzugsbedienstete und in anderen Bereichen - auch unter Einsatz ihres eigenen Wohls und ihrer Gesundheit! Zweimal, 2013 und 2018 – damals mit Andrea Lindholz zusammen – durfte ich an Koalitionsverhandlungen im Bund teilnehmen und unsere Vorstellungen im Bereich der Rechts- und Innenpolitik vertreten. Es macht einen Unterschied gerade im Bereich der Sicherheit, gerade im Bereich des Sozialstaats, ob wir am Verhandlungstisch sitzen und wie stark der Vertrauensvorschuss der Wählerinnen und Wähler ist.



Andrea Lindholz beim Info-Stand mit der Kandidatin der Bundestagsliste Anna Hajek (links außen) und Helferinnen der CSU und Jungen Union, Nadja Graf (2.v.l.) und Pia Stürzebecher (3.v.l.) und im Bürgergespräch in der Herstattstraße in der Aschaffener Innenstadt.

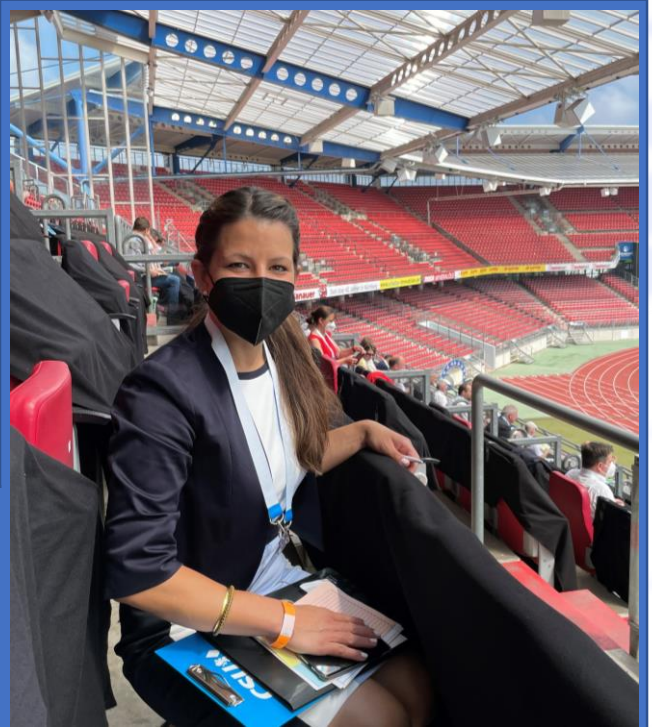


Die FDP hat 2017 sehr schnell das Handtuch geworfen, und Grüne und SPD würden sicher gerne ihre Vorstellung eines Linksbündnisses umsetzen. Letztlich weiß keiner, wie die anderen Parteien sich bei Koalitionsverhandlungen dieses Mal positionieren. Viele unserer Mitglieder, alle Ortsverbände und Arbeitsgemeinschaften, sind im Wahlkampf engagiert. Bitte unterstützen Sie uns. Geben Sie uns beide Stimmen und werben Sie auch bei Ihren Bekannten für die CSU!

Anna Hajek

Unsere Listenkandidatin auf Platz 40 der CSU-Liste für den Bundestag

Anna Hajek ist Jahrgang 1990. Sie arbeitet bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Seit 2011 ist sie Mitglied der Jungen Union und seit 2015 der CSU Aschaffenburg-Stadt, dort hatte und hat sie verschiedene Parteiämter inne. Seit April 2019 vertritt Hajek die CSU Aschaffenburg als Stadträtin und seit 2020 als stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Aschaffener Stadtrat. Seit 2016 ist sie im BRK Oberrhein engagiert und bildet im Fachdienst Rettungshunde einen Hund einsatztauglich aus. Außerdem unterstützte sie auch in 2020 den Corona-Einsatzstab des BRK. Bei der Aufstellungsversammlung im Stadium des 1. FC Nürnberg wählten die Delegierten Sie auf Platz 40 der CSU Liste zur Bundestagswahl.



Anna Hajek bei der Aufstellungsversammlung der Kandidaten für die Bundestagsliste der CSU am 27. Juni in Nürnberg.

Vertrauen der Menschen ist Basis unserer Politik- Neue Strukturen im Abgeordnetenrecht auf den Weg gebracht

Im März drohte im Zuge der sogenannten Maskenaffäre durch das Verhalten einzelner weniger Mandatsträger unserer CSU als wertgebender Partei insgesamt ein schwerer Vertrauensverlust.



Auch bei der CSU-Klausur am Tegernsee Ende Juli war die Reformierung des Abgeordnetengesetzes und das Compliance-System (Bericht Seite 6) eines der Themen.

Viele – mich eingeschlossen – hatten sich vorher nicht vorstellen können, was Presseberichte aufgedeckt

hatten. Dabei geht es nicht nur oder in erster Linie um strafrechtlich relevantes Verhalten – die Verantwortung und Verhaltensmaßstäbe für Abgeordnete gehen über die Regeln des Strafrechts deutlich hinaus. Die Landtagsfraktion hat mich im März beauftragt einen Regelungsvorschlag zu erarbeiten.

Neues Abgeordnetenrecht in Bayern auf den Weg gebracht

Mittlerweile konnte von der CSU-Fraktion ein Gesetzesentwurf in erster Lesung im Bayerischen Landtag vorgelegt werden, der von dem Koalitionspartner und allen anderen Fraktionen des Landtags (mit Ausnahme der AfD) mitgetragen wird. Der Vorschlag dazu wurde von

einem kleinen Team unserer Fraktion unter meiner Leitung erarbeitet und in fast 30 Sitzungen und Terminen erst innerhalb der eigenen Fraktion, dann in der Koalition und zuletzt mit den anderen Fraktionen des Landtags diskutiert. Alle wesentlichen Strukturen und Regelungen, die vorgeschlagen wurden, haben sich dabei am Ende auch durchgesetzt. Bayern wird mit dieser Neuregelung bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Unsere Problemstellung

Freiheit und Unabhängigkeit des Abgeordnetenmandats sind dabei in zwei Richtungen zu sichern. Es muss rechtlich unterbunden werden, dass private finanzielle Interessen die Wahrnehmung des Mandats →

beeinflussen. Wer für die Beschaffung von Schutzausrüstung deshalb eintritt, weil er für sein eigenes Unternehmen einen lukrativen Auftrag erhofft, ist nicht frei in der Beurteilung und im Engagement.

Die Möglichkeit zu Nebentätigkeiten an sich muss aber möglich bleiben, sonst werden ganze Berufszweige faktisch vom Parlament ausgeschlossen. Müsste ein Arzt, Handwerksmeister, mittelständischer Unternehmer, Landwirt oder vergleichbar unternehmerisch Selbstständiger, seine Tätigkeit einstellen, sobald er ein Abgeordnetenmandat aufnimmt, so würde man von ihm verlangen, für ein Mandat auf Zeit seine Existenzsicherung auf Dauer, die vielleicht über Jahrzehnte erarbeitet wurde, aufzugeben. Nach vier, fünf oder mehr Jahren beruflicher Abstinenz müssen Freiberufler oder Unternehmer in fast allen Fällen komplett neu anfangen. Kaum ein Handwerker oder Unternehmer, kaum ein Landwirt oder Freiberufler würde unter den Vorzeichen eines kompletten Nebentätigkeitsverbotes für ein Mandat kandidieren. Nebentätigkeit sichern, dort, wo kein Rückkehrrecht in die alte Position gesetzlich oder vertraglich besteht, die Unabhängigkeit von Abgeordneten von ihrer Partei. Sie schaffen auch die Voraussetzung dafür, dass das Parlament ein



Neben dem Abgeordnetengesetz haben wir uns im Parlament auch einmal das Bayerische Ministergesetz angeschaut und Änderungen vorgeschlagen. Es ist nur folgerichtig, wenn wir Regelungen treffen, die ein unmittelbares Anschließen einer Tätigkeit in der Wirtschaft bei den höheren Ämtern auch anzeigepflichtig machen. Meinen Redebeitrag hierzu finden Sie unter kurzelinks.de/RedeBayMinG

besseres Abbild der Gesellschaft werden kann.

Unser bayerischer Ansatz – zwei Säulen

Unser Regelungsvorschlag für mehr Vertrauen und Integrität umfasst zwei wesentliche Säulen. Dazu werden die Verhaltensregeln erstmal unmittelbar in das formelle Gesetz überführt und deutlich verschärft.



Bei der ersten Lesung im Landtag durfte ich den gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vorstellen. Meinen Redebeitrag im Plenum finden Sie unter kurzelinks.de/RedeAbgG

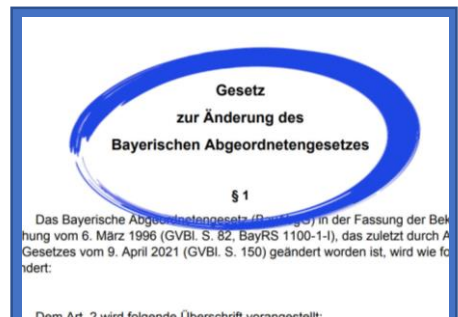
Die erste Säule stellt künftig volle Transparenz bei den Nebeneinkünften von Abgeordneten her, vom ersten Euro und centgenau. Einkünfte aus erlaubten Nebentätigkeiten oder Unternehmensbeteiligungen müssen künftig vom ersten Euro an centgenau dem Landtagspräsidium gegenüber angezeigt und auch veröffentlicht werden. Die Bayerischen Abgeordneten sind künftig gläsern wie keine andere Berufsgruppe. Die Transparenzpflichten werden auch in anderen Bereichen verstärkt: so muss z.B. ein Rückkehrrecht in eine andere Tätigkeit, das bereits bei Beginn des Mandats besteht oder eingeräumt wird, offengelegt werden. Verschärft werden z.B. auch die Anzeigepflichten bei einer Beteiligung an Personen- oder Kapitalgesellschaften. Auch Aktienoptionen, die ein Abgeordneter erwirbt, sind künftig anzeigepflichtig.

Die zweite Säule bilden klare gesetzliche Regelungen, die Interessenkonflikte durch private Interessen mit dem Abgeordnetenmandat künftig verhindern. Eine entgeltliche Interessenvertretung (Lobbytätigkeit)

für Dritte wird gänzlich verboten. Die entgeltliche Besorgung fremder Angelegenheiten gegenüber den obersten und höheren Landesbehörden des Freistaats Bayern wird untersagt. Entgeltliche Immobiliengeschäfte und die Vermittlung von Waren und Dienstleistungen für Dritte, werden gegenüber der öffentlichen Hand eingeschränkt, gleiches gilt für entsprechende Eigengeschäfte. Honorare für Vorträge und Reden im unmittelbaren Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit werden untersagt. Nicht erfasst werden ehrenamtliche Tätigkeiten gegen Aufwandsentschädigung, etwa im Vorstand eines Vereins oder in einem kommunalen Ehrenamt.

Änderungen treten voraussichtlich im nächsten Jahr in Kraft

Nach der Sommerpause wird der Entwurf in die Ausschussberatung gehen. Nachdem eine breite Mehrheit den Entwurf trägt, wird die abschließende Lesung noch in diesem Jahr erfolgen. Parallel dazu werden die Ausführungsvorschriften erarbeitet, und die Landtagsverwaltung bereitet sich auf die Umsetzung des neuen Regelwerks vor, das im nächsten Jahr in Kraft treten wird. Der Entwurf geht mit seinen strikten Regelungen an Grenzen, sowohl politisch wie verfassungsrechtlich. Dies ist aber auch notwendig, denn das Vertrauen der Bürger ist Grundlage unserer Demokratie.



Die Novellierung des Abgeordnetengesetzes ist ein wichtiger Baustein für mehr Transparenz und Integrität. Mit dem Link kurzelinks.de/InfoAbgG finden Sie auf der Seite der CSU-Landtagsfraktion unsere Eckpunkte, die Gesetzesentwürfe des Abgeordneten- und Ministergesetzes, sowie weitere umfassende Informationen.

Katastrophenschutz in Aschaffenburg –

Wie sind wir aufgestellt?

Der Einladung zum virtuellen Vortragsabend der CSU zum Katastrophenschutz sind Anfang August über 50 Personen gefolgt. Neben interessierten Bürgern fand sich ein großes Fachpublikum ein.

Beauftragte für Brandschutz aus Stadt und Landkreis, aber auch Feuer- und Katastrophenschutzbeauftragte der Blaulichtorganisationen und größerer Unternehmen der Region haben sich informiert und ausgetauscht. Im Vordergrund stand ein Vortrag des Aschaffener Leiters für Brand- und Katastrophenschutz, Mark Weigandt. „Katastrophenschutz ist eine staatliche Aufgabe in Zuständigkeit der einzelnen Länder mit eigenen Katastrophenschutzgesetzen“, so zuerst die sachliche Zusammenfassung von Weigandt.



Nur einige der gut 50 Teilnehmer – Feuerwehr- und Rettungsdienstler, Vertreter fast aller örtlichen Blaulichtorganisationen und politische Mandatsträger in interessierter Runde.

Aschaffenburg hat eine eigene untere Katastrophenschutzbehörde, die für die Stadt zuständig ist. Sie ist ein Teil der Führungsgruppen Katastrophenschutz (FüGK), die auf Landes-, Bezirks- und Kreisverwaltungsbehörden eingerichtet sind. Die FüGK in Aschaffenburg kümmert sich um die Vorbereitung von Maßnahmen im Katastrophenfall, um Sonderpläne (im Fall von Pandemien oder (Tier-) Seuchen), um Pläne für Störfälle, aber auch um Einsatzkonzepte für Unwetter, sowie die Verteilung von Hilfsleistungskontingenten, sofern diese von außen angefordert werden. Ein Problem, das wohl auch bei der

Flutkatastrophe im Juli zum Tragen kam, wird aus der Struktur der Behörden ersichtlich: Länderübergreifende Hilfsleistung sind oft schwer koordinierbar, da viele Länder über unterschiedliche Katastrophenschutzgesetze und so auch über eigene Bezeichnungen bei Hilfsleistungseinheiten verfügen. Eine hierarchische Meldekette bleibt aber dennoch wichtig, damit alles klar nachverfolgbar bleibt. Dennoch entstehen, so Weigandt, mit unterschiedlichen Bezeichnungen und Gesetzesanforderungen – gerade über Ländergrenzen hinaus – auch einmal Reibungsverluste.

Diese gilt es so weit wie möglich zu reduzieren, ein klares Fazit aus den zentralen Fragen von Andrea Lindholz, die im Nachgang der Julihochwasser zu klären sind:

Brauchen wir eine bessere Vernetzung? Und was kann das Bundesamt für Katastrophenschutz weiter außerhalb der Meldekette leisten?

Aus der pandemischen Situation seit dem Frühjahr 2019 habe man schon die richtigen Lehren gezogen, so Lindholz. Vorratsbildung, Aufstellung neuer THW-Logistikzentren, Rahmenverträge für die Beschaffung von Schutzmaterial aus Deutschland, das sind nur einige der Punkte. Weiter muss klar gezeigt werden, wo Verbesserungen möglich sind, nicht nur in punktuellen Fällen, sondern auch in der großen Lage.

Auf die Frage, wie es in der Region mit Unwetterlagen aussieht, konnten Weigandt und Karl-Heinz Ostheimer (Kreisbrandrat) klar Entwarnung geben: Aktuelle Ereignisse sind lokal begrenzt und nehmen zwar zu, darauf sei man in Aschaffenburg aber vorbereitet. Stadt und Landkreis wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die zuständigen Behörden vertrauen auch auf die

enge Verzahnung am Bayerischen Unterein (Integrierte Leitstelle). Beispielhaft sei man bei den punktuellen Extremereignissen mit Hochwasserschutzpläne z.B. an der Aschaff vorbereitet, Ämter und Schutzorganisationen arbeiten hier zusammen. Ebenso seien größere Ereignisse beherrschbar.

**KATASTROPHENSCHUTZ
IN ASCHAFFENBURG -
WIE SIND WIR AUFGESTELLT?**

09.08.21
19:00 UHR

DIGITAL VIA
CISCO WEBEX

MIT GASTVORTRAG VON MARK WEIGANDT,
AMTSLEITER BRAND- UND
KATASTROPHENSCHUTZ ASCHAFFENBURG

ANMELDUNG BIS 08.08. UNTER:
meldung@schleicher.bayern

CSU
Kreisverband Aschaffenburg-Stadt

Die CSU Aschaffenburg-Stadt greift immer wieder aktuelle und wichtige Themen auf, um sie mit Fachleuten und Bürgern zu diskutieren. Markus Schlemmer, Ortsvorsitzender der CSU Schweinheim, hat für den Vortrag den Impuls gegeben.

Weigandt gab zudem Hinweise, wie die Bürger bei uns gewarnt werden: Mit dem modularen Warn- und Informationssystem sei man gut aufgestellt. Hierzu gehören Sirenenwarnungen (im Landkreis noch großflächig vorhanden, in der Stadt im Wiederaufbau), Lautsprecherdurchsagen, sowie Meldungen über Rundfunk und Social Media. Zudem kann jeder Bürger schon jetzt alle wichtigen Infos sofort auf das Handy bekommen: die Warnapps NINA und KATWARN informieren jeden persönlich, schnell und unkompliziert.

Die Apps NINA und KATWARN sind im Google Play Store und Apple App Store für alle gängigen Smartphones kostenfrei erhältlich.

Für unsere Werte und das Vertrauen der Menschen

Die Arbeit der Compliance Kommission der CSU

Neben der Arbeit im Landtag an einem neuen Abgeordnetenrecht hat auch die CSU als politische Partei auf die Vorwürfe rund um die Maskenaffäre reagiert.



Gemeinsam mit dem Staatsminister für Finanzen, Albert Füracker, bei der Klausurtagung am Tegernsee, wo ich unsere Zwischenergebnisse der Compliance-Strategie vorgestellt habe.

Ende März hat der Parteivorstand eine neue Compliance-Kommission einberufen und mich zu deren Vorsitzenden bestimmt. Der Kommission gehören u.a. der CSU-Ehren-

vorsitzende Theo Waigel, sowie die Vorsitzenden der jeweiligen parlamentarischen Ebenen Alexander Dobrindt (Bundestag), Angelika Niebler (Europaparlament), Thomas Kreuzer (Landtag) und Stefan Rößle (Kommunale Ebene) an. Mit einem 10 Punkte umfassenden Arbeitsprogramm „Maßnahmenpaket für Vertrauen und Integrität“ – so der Auftrag – soll für die Zukunft Sorge getragen werden, dass nicht nochmals die Integrität und die Arbeit der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Mitglieder und Mandatsträger durch das Verhalten Einzelner in Zweifel gezogen wird. Konkret geht es um die Schaffung bzw. Stärkung von Strukturen innerhalb unserer Partei, die Fehlverhalten vorbeugen und – soweit es Verstöße gibt – eine Sanktionierung ermöglichen soll. Bei der Parteivorstandsklausur Ende Juli wurde ein Zwischenbericht gegeben.

Dabei geht es um vor allem um politische Verhaltensregeln. Die ethischen Maßstäbe für unser politisches Handeln gehen über die

bloße Beachtung strafrechtlicher Verbote deutlich hinaus. Sobald strafrechtlich Relevantes im Spiel steht, ist die Aufklärung und Verfolgung Aufgabe der Staatsanwaltschaft. Diese werden und wollen wir nach besten Kräften in solchen Fällen unterstützen. Wenn es aber um über die bloße Gesetzestreue hinausgehende ethische Maßstäbe unseres Handelns geht, ist es Aufgabe von uns selbst, diese Maßstäbe nicht nur zu formulieren, sondern durchzusetzen.

Die Compliance-Strategie auf einen Blick



Hanns Seidel - Türöffner für das moderne Bayern

Am 5. August 1961 verstarb Hanns Seidel, der gebürtige Schweinheimer, erster Landrat Aschaffenburgs nach dem Krieg (1945-47), Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Bayern (1946), bayerischer Wirtschaftsminister (1952-1954) und Ministerpräsident (1957-1961).

Seidel, der sich 1955 als Parteivorsitzender gegen Franz Josef Strauß durchsetzte, hat nicht nur den Freistaat, sondern auch der vergleichsweise jungen CSU als Partei einen richtigen Modernisierungsschub gegeben. Für Bayern ist Seidel einer der Väter des modernen Industrie- und Hightech-Standorts Bayern gewesen. Hanns Seidel selbst ist auf dem Waldfriedhof in München begraben. Der CSU Kreisverband

Aschaffenburg-Stadt und Ortsverband Schweinheim erinnerten im Beisein vieler Mitglieder der Familie Seidel aus der Region mit einer Schale am Grab der Familie in Schweinheim an den großen Sohn der Stadt und Region. Der neue Ortsvorsitzende der CSU Schweinheim, Markus Schlemmer, und CSU Kreisvorsitzender Winfried Bausback erinnerten an die großen Verdienste Seidels, dessen Namen auch die parteinahe Stiftung der CSU trägt. Schlemmer und Bausback: „Hanns Seidel ist ein Türöffner für das moderne Bayern“.



Ein ehrendes Gedenken dem Sohn der Stadt Aschaffenburg und Ministerpräsidenten des Freistaates.

Impressum – Standpunkt Bausback: Newsletter des Landtagsabgeordneten, Prof. Dr. Winfried Bausback, StM a.D. Herausgegeben im Selbstverlag. Herausgeber, Verfasser, V.i.S.d.P.: Winfried Bausback, Stimmkreisbüro Bausback, Knodestr. 3, 63741 Aschaffenburg. Die Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Bildnachweis (soweit nicht anders angegeben): Stimmkreisbüro Bausback. Kontakt: info@winfried-bausback.de, Tel.: 06021 58 28 540, Fax: 06021 58 28 544. Erschienen: 23. August 2021.